



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 18. Februar 1887.

Nr. 81.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Am 90. Geburtstag des Kaisers sollen, wie das „D. Z.“ mittheilt, auch die Taufe des jüngsten kaiserlichen Urentfels und die Verlobung des Prinzen Heinrich stattfinden.

In Petersburg ist, wie englischen und ungarischen Zeitungen berichtet wird, wieder einmal unter aristokratischen Militärschülern ein Mihilispenest entdeckt worden. Es haben deshalb in einigen Petersburger Militärschulen, besonders in der Artillerie- und Marinechule, Verhaftungen stattgefunden, wobei einer der zu verhaftenden jungen Leute sich den Hals durchschnitt. Man mißt die Schuld dem Verkehre bei, welchen die Verhafteten mit einer Gruppe von zumeist aus der Provinz eingetroffenen Studierenden unterhalten hatten, die sich selbst als „Reformschüler“ bezeichnen. Auch von letzteren sind einige in Haft genommen worden. Ueber die Verschwörung war den Behörden durch aufgefangene Briefe Petersburger Marinechüler bereits vor einiger Zeit aus dem Innern des Reichs Nachricht zugegangen. In der Marinechule war der Hauptthor der Verschwörung, sie verzweigt sich von dort, angeblich geleitet und geführt durch junge Marineoffiziere, über andere Petersburger Militärlehranstalten sowie über die Schulen in Charlow, Kiew und Odessa. Nachdem dies sichergestellt war, berief Admiral Arsenjew die Marinechüler zum Appell. Während dieser Zeit wurden in den Stuben der Schüler die Briefschaften revidirt. Man fand im Bult eines einem fürstlichen Haupte entpöffenen Marinechülers die kompromittirenden Briefe und namentlich die Liste der Verschwörer. Vom Admiral zur Rede gestellt, lachte der junge Fürst über die Bemerkung: er hätte sich für sein Leben lang unglücklich gemacht. Der junge Mann wurde arreirt und sollte vor Gericht gestellt werden. Raum abgeführt, zog er einen Revolver und erschoss sich.

Zur Frage der Veröffentlichung der Jacobini'schen Schreiben bemerken die Münchener „Neuest. Nachr.“:

Ultramontane Blätter suchen unsere Mittheilungen, daß die Veröffentlichung der Noten Jacobini's auf Veranlassung Roms erfolgt ist, daß die Aktenstücke dem deutschen Episkopat mitgetheilt werden, daß man in Rom auf die Opposition nicht gefaßt war, daß möglicherweise ein neuer Schritt des Papstes bevorstehe, welcher mindestens das imperative Mandat zu Fall bringen werde — kurzweg durch die Bezeichnungen Schwindel, Wahlmanöver, Lüge u. s. w. zu entkräften. Die ultramontanen Blätter spielen ein gefährliches Spiel; ein Theil von ihnen kennt jene Quellen, die uns in diesen Sachen zu Gebote stehen, sehr genau und weiß, wen die Anschuldigung, Schwindler und Lügner zu sein, trifft: — nicht uns, sondern unseren Gewährsmann, dem gegenüber man doch etwas vorsichtiger sein sollte. Ein hiesiges ultramontanes Blatt ist übrigens ehrlicher: es gesteht offen ein, daß ihm dieselben Mittheilungen zu Gebote standen wie uns, daß es ihm aber nicht in den Kram paßte, dieselben zu veröffentlichen. Das giebt auch einen Kommentar zu der sonst befremdlichen Thatfache, daß liberale Blätter in dieser „römischen“ Geschichte besser unterrichtet sind, als die ultramontanen: diese letzteren nehmen einfach nur das auf, was ihnen behagt. Uebrigens erhärten wir nochmals: die Veröffentlichung der Noten ist auf Geheiß Roms erfolgt, den Bischöfen sind die Noten auf dem Amtsweg mit einem Zirkular der Nuntiatur zugegangen. Ob von Rom aus noch ein weiterer Schritt erfolgt, erscheint auch uns zweifelhaft: er wird wohl nicht mehr nöthig sein, denn das imperative Mandat ist thatsächlich bereits gefallen.

Ein Reutersches Telegramm meldet unterm gestrigen Datum aus Kairo:

Bezüglich der in London verbreiteten Gerüchte, England habe die Absicht, die Subvention von 250,000 Pfd. Sterl. zu den militärischen Ausgaben Egyptens nicht mehr zu gewähren, wird aus guter Quelle versichert, daß über diese Angelegenheit noch nicht entschieden sei; doch thue England sein Möglichstes, um an dem egyptischen Ausgabebudget Ersparnisse bis zum Betrage von 250,000 Pfd. Sterl. zu bewirken.

Baring theilte dem hiesigen diplomatischen

Vertreter Frankreichs, Grafen d'Annay, mit, daß in den Vorschlägen Drummond Wolff's weder eine unmittelbar bevorstehende Räumung noch die Feststellung eines Termines für eine solche enthalten sei.

In einem offenbar offiziellen Artikel beschäftigt sich heute der „Bester Lloyd“ mit den Angaben, welche über die Höhe der von den Delegationen zu fordernden Beträge umlaufen. Nach dem der ungarischen Regierung nahestehenden Blatte dürfte die Summe, deren endgültige Höhe noch nicht fixirt sei, erheblich mehr als 15—20 Millionen, wie von einer Seite behauptet worden war, dagegen weit weniger als der von anderen Blättern angegebene Betrag von 70—75 Millionen ausmachen.

Es ist aber zu betonen, fährt der „Bester Lloyd“ fort, daß nicht notwendig der ganze Betrag, welchen die Delegationen zu votiren haben werden, auch faktisch aufgewendet werden müßte. Die Kreditforderung, mit welcher die gemeinsame Regierung jetzt an die Legislativen herantritt, hat augenscheinlich einen doppelten Charakter, insofern sie einerseits zur Deckung bereits vorausgabter Summen und zur Anschaffung von in voraus ziffernmäßig festzustellenden Bedarfsartikeln dienen, andererseits aber gleichzeitig auch für nicht genau bestimmbar, jedoch immerhin mögliche Eventualitäten Vorsorge treffen soll. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Situation von aller Welt als eine „unsichere“ betrachtet wird. Gar Niemand vermag anzugeben, was die Zukunft bringen werde, und auch diejenigen, die an der Erhaltung des Friedens emsig arbeiten, sehen sich gezwungen, das Mißlingen der diesfälligen Bemühungen in Rechnung zu ziehen. Heute noch die Nothwendigkeit von Vorsichtsmaßregeln nachzuweisen, ist wirklich überflüssig. Nun geht es aber nicht gut an, immer wieder Delegations-Sessionen zu veranstalten, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Momente sich ergeben können, in welchen es gilt, rasch und entschlossen solche Verfügungen zu treffen, welche die wechselläufige Gestaltung der Dinge etwa erhellt. In solchen Lagen könnte es bedenklich sein, zu warten, bis der zeitraubende Apparat der Gefesgebung seine Funktionen erfüllt hat. Eine umsichtige Staatsleitung muß in Zeitläufen, wie die jetzigen sind, für alle Fälle vorbereitet sein, und wir denken deshalb, daß die gemeinsame Regierung außer den Beträgen, welche die Kriegsverwaltung zu Anschaffungen braucht, auch einen Kredit beanspruchen dürfte, der sie in den Stand setzt, ohne die Besorgniß, von unvorhergesehenen Ereignissen in Verlegenheit gesetzt zu werden, der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzusehen. Ist diese Entwicklung eine derartige, wie wir sie erhoffen, bleibt nämlich der Friede erhalten, desto besser, dann wird der betreffende Kredit eben nicht verwendet werden müssen.

Dem Reichskanzler ist von einem national gesinnten Oldenburger ein Exemplar des Flugblattes zugegangen, welches das freisinnige Wahlkomitee in Oldenburg verbreitet. Fürst Bismarck hat, wie der „Post“ mitgetheilt wird, dem Uebersender folgende Antwort ertheilt:

Er. p. p. Schreiben vom 13. d. M. habe ich mit Dank erhalten. Das demselben beigefügte Wahlflugblatt der reichsfeindlichen Parteien enthält viele Lügen, aber keine, die nicht in allen Wahlkreisen des Reiches von diesen Parteien übereinstimmend verbreitet würden; die bei den Gegnern des Reiches herkömmliche politische Brunnens-Vergiftung ist eben eine verabredete und systematische.

Das Flugblatt stellt nur die eine richtige Behauptung auf, daß die Regierung die Verlängerung des Sozialistengesetzes auch ferner erstreben wird. Alles, was der Wahlaufschuß sonst über die Absichten der Regierung sagt, sind ebenso frivole wie unsinnige Lügen, und wenn sich Wähler finden, die an diese Verleumdungen der Regierung glauben, so kann ich das bedauern, aber nicht ändern. Mir stehen weder Mittel zu Gebote, die Gegner am Lügen zu hindern, noch vermag ich die Wähler, welche der Regierung des Kaisers Böses zutrauen, vor gewissenlosen Bauernfängern zu behüten.

gez. v. Bismarck.

Von den zu Mülhausen im Elsaß Verhafteten, deren Zahl sich auf acht oder zehn be-

lieft, sind mehrere bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Großindustrielle, sowie auch drei Angestellte des Reichstagskandidaten Herrn Lalancé. Neuerdings ist, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, der Direktor der Spinnerei Erhard in Masmünster Jordan, wegen politischer Umtriebe dem Bezirks-Gefängniß zu Mülhausen eingeliefert. Eine Kaution von 20,000 Mark, welche der Fabrikbesitzer behufs Freilassung des Jordan bot, wurde zurückgewiesen.

Der Verein „Berliner Presse“ beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den 90. Geburtstag des Kaisers dadurch festlich zu begehen, daß sämtliche regelmäßig unterstützte Pensionäre des Vereins drei Monatsraten als besondere Unterstützung erhalten.

Der bekannte Sozial-Demokrat Regierungs-Baumeister Kessler scheint in Deutschland nirgends eine bleibende Stätte finden zu sollen. Er ist bekanntlich innerhalb weniger Monate aus Berlin, Brandenburg, Braunschweig, München und aus dem ganzen Königreich Bayern ausgewiesen worden. Zuletzt hatte sich Kessler nach Gera gewandt; hier wirkte er für die Wahl seines Parteigenossen Ködiger; auch als sozialdemokratischer Kandidat wurde Kessler aufgestellt. Nunmehr ist er auch aus Gera ausgewiesen worden; er hatte den Befehl erhalten, jene Stadt nach Empfang der Ausweisungs-Ordre innerhalb 24 Stunden zu verlassen.

Die Stimmung in manchen Kreisen der deutschen Beamten in Elsaß-Lothringen ist in Folge der drohenden Lage eine sehr ernste. So liegt dem „Hann. Courier“ die Abschrift des Briefes eines kaiserlichen Telegraphen-Beamten vor, der in Lothringen angestellt ist. Der Mann schreibt unterm 8. Februar d. Js. an seinen Schwager:

„Meine Lieben! Wir sehen hier einer traurigen Zeit entgegen, viele Eisenbahnbeamte haben ihre Familien schon über den Rhein geschafft; ich weiß wirklich nicht, was ich thun soll, Frau und Kinder weinen mir die Ohren voll; es ist auch sehr bedenklich. Meiner Meinung nach wird hier oben Lothringen ein Aischenhausen, wenn's losgeht, und ich glaube, daß es keine drei Wochen mehr dauert. Die französische Grenze von der Schweiz bis nach Belgien ist mit Sperrforts versehen und so dicht nebeneinander, daß sie von einem nach dem andern schließen können; außerdem noch sonstige Schanzvorrichtungen und Sprenggeschosse. Längs der ganzen Grenze ist schon schlagfertig Militär aufgestellt; in den kleinsten Dörfern liegen 800 bis 1000 Mann. Die schwarzen Afrikaner liegen hier sämmtlich an der lothringischen Grenze. Für mehrere Armeekorps werden Baracken gebaut in der Nähe von Nancy und Lunéville, die fast schon fertig sind, damit sie das Militär gleich beim Angriff schlagfertig sehen haben. Man kommt ordentlich in Wuth, wenn man die Kerls da herumlaufen sieht, pflanzen die Kanonen auf zum Abfeuern auf die Deutschen.“

Ein auf der Brenzwacht an den Vogesen stehender Oberförster und Reserveoffizier schreibt nach dem „Nürnb. Korr.“ aus Schirmeck, den 5. Februar:

„Wer heute noch glaubt, die jetzigen französischen Macher seien friedliebend, d. h. sie wollten nicht unmittelbar den Krieg, der gehört entweder Landes verwiesen zu werden oder ins Irrenhaus. Der Chauvinismus und die nationale Eitelkeit der Franzosen ist zu groß, als daß sie je glauben würden, sie seien nicht stets die ersten Soldaten der Welt gewesen und anders als durch Uebermacht und Verrath besiegt. Bei meinen französischen Holzhauern spukt es trotzdem, sie, die Franzosen, würden Elsaß-Lothringen ohne Schwertstreich bekommen durch die bloße Drohung mit dem vollendeten Aufmarsch in den Barackenlagern, weil die Deutschen wie früher uneinig und nicht zum Krieg geneigt seien. Und das hat mit ihrem Geschwätz die Reichstagsmehrheit gethan. Ein anderer Holzhauer aus Raon, dessen Gespräch belauscht wurde, wußte dagegen, daß es allerdings zum Kriege kommen würde, und daß die erste Schlacht bis nach der Basse de Varembar (nicht bei Schirmeck), die zweite bis Urmarkt (wo man nach Nieder abgeht) gehen würde! Nach meiner Berechnung haben die Franzosen allein für nahezu

zwei Armeekorps Baracken an der Grenze im Bau! Das ist doch gleich einem vollständigen Aufmarsch. Fürst Bismarck, der gewöhnlich doch den Nagel auf den Kopf trifft, im Gegensatz zu jenen Höduregnern, meinte schon 1879, um uns nicht zu verrechnen, mußte man mit dem schlimmsten Fall, mit dem Ueberfall (seitens der Franzosen) rechnen. Daß sie einen solchen versuchen werden, auch ohne Kriegserklärung vor auszuschiden, liegt ganz in ihrem Naturell; sie würden dann — auch nur bis Molsheim vorgezogen — in die Welt pojsaunen: „Wir stehen vor den Thoren Straßburgs u. s. w.“ Daß hier eine begreifliche Aufregung herrscht, kannst Du Dir denken, besonders seitdem feststeht, daß Schirmeck keine Garnison bekommt. Daß der neue Krieg vier Mal blutiger und zehn Mal erbitterter geführt werden wird, als der von 1870 bis 1871, ist meine feste Ueberzeugung, und ich will nur hoffen, daß er statt mit einer bloßen beiderseitigen völligen Erschöpfung, die den Anarchisten dies- und jenseits Oberwasser geben würde, mit einem entschiedenen Niederwerfen jener ewigen Friedensstörer endigen möge. Sämmtliche Beamte des Thales sorgen dafür, ihre Möbel und Familien in Sicherheit zu bringen, sobald das erste Zeichen erfolgt.“

Zur Breslauer Fürstbischöfswahl läßt sich ein clerikales schlesisches Provinzialblatt aus Breslau schreiben:

„Das Domkapitel wird, nachdem sämmtliche Bischöfs-Kandidaten regierungsseitig von der Liste gestrichen worden sind, diesmal, um sein Wahlrecht zu wahren, eine zweite event. dritte Liste aufstellen. Was dann die Regierung thun wird, bleibt abzuwarten. Sie hat dann die Alternative, entweder wieder zu streichen und damit dem ihr mißliebigen „spiritus rector“ zu längerem Regieren zu verhelfen, oder aber minder kritisch zu verfahren, vertrauensvoll die Wahl des Bischöfs durch die Wahlherren zu beschleunigen.“

Diese Rechnung ist offenbar ohne den Wirth gemacht. Es wird der Augenblick kommen, wo ein Wahlrecht, welches vom Domkapitel nur zur Aufstellung der Regierung unannehmbare Listen benutzt wird, auf den Papst übergeht; und dann wird die Befeszung des Breslauer Bisthums, wie in den letzten Jahren manches andere, durch Verständigung zwischen der Regierung und dem Papste erfolgen.

Henri Rochefort theilt im „Intransigeant“ allen Ernstes mit, daß an der Grenze patrolirende deutsche Soldaten unter dem Vorwande, Deserteure abzufangen, in Wirklichkeit den Zweck hätten, einen Kriegszustand hervorzurufen, indem sie gelegentlich sich eine Grenzverletzung zu Schulden kommen ließen. Bei der Waffenbrüderschaft des Redakteurs des „Intransigeant“ mit dem Kriegsminister General Boulanger konnte es nicht überraschen, daß der Artikel als vom Kriegsministerium inspirirt bezeichnet wurde. Es ist bemerkenswerth, daß auch das Organ Clemenceau's, die „Justice“, die abgeschmackte Erfindung des „Intransigeant“ aufnimmt und mit eigenen Thaten versieht. Das Journal „Paris“ will ferner von Anweisungen der französischen Regierung wissen, nach denen solche Zwischenfälle auf diplomatischem Wege geordnet werden sollen. Daß General Boulanger sehr wohl auch der Urheber dieser neuesten Idee der radikalen Presse sein könnte, ist um so mehr begreiflich, als der Kriegsminister jüngst noch zu dem russischen Kriegeminister durch Vermittelung des französischen Militär-Bevollmächtigten in Beziehungen treten wollte, ein Projekt, das sich ebenfalls durch Abenteuerlichkeit auszeichnet. Hieß es doch sogar, daß General Boulanger sich sogar an den Kaiser von Rußland selbst zu wenden beabsichtigte. Hierüber wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet:

Paris, 16. Februar. Der „Figaro“ veröffentlichte heute Morgen die in auswärtigen Blättern längst mitgetheilte und hier seit acht Tagen in allen Salons erzählte Geschichte, wonach der Kriegsminister General Boulanger beabsichtigte, dem französischen Militär-Attachee in Petersburg einen Brief an den Zar mitzugeben. Der Minister des Auswärtigen, Florens, verhöberte dies jedoch, wie weiter mitgetheilt wurde, mit anerkannterwerthener Energie. Darauf erfolgte durch die „Agence Havas“ ein seltsames offizielles Dementi, welches also lautet: Ein

